

Am 16.09.2025 habe ich in Absprache mit dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Jürgen Göttmann, an der für diese Legislaturperiode letzten Regionalversammlung der im Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) organisierten Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen im Regierungsbezirk Darmstadt, die in Gedern stattgefunden hat, teilgenommen und berichte:

Eine notwendige maßgebliche Erhöhung des kommunalen Finanzausgleiches und einen Personalkostenausgleich des Landes Hessen für Kindergärten wird es nicht geben.

Die in der Anlage beigefügte Stellungnahme „Es reicht!“ wurde einstimmig beschlossen.

Dem Land Hessen zuzuweisendes Geld aus dem 500-Milliarden-Sondervermögen des Bundes soll nach den geführten Verhandlungen des HSGB mit dem Land zu mehr als 2/3, orientiert am Verhältnis der zuletzt getätigten Investitionen sogar zu – je nach dem wie man rechnet – 77 bzw. 82 %, den Kommunen zufließen. Theoretisch kann solches Geld für Vorhaben schon ab dem 01.01.2025 Verwendung finden. Über die konkrete Umsetzung und Verteilung muss noch entschieden werden.

Zur Umsetzung der Neuregelungen in der Hessischen Gemeindeordnung mit Kinder- und Jugendbeiräten, Seniorenbeiräten und ermöglichten online-Sitzungen aller kommunalen Gremien gibt es vom HSGB erstellte Satzungsmuster, die den Kommunen seit Anfang Juli dieses Jahres vorliegen.

Im Gespräch sind Änderungen im Baurecht für Feuerwehrgerätehäuser: Standards sollen vereinfacht werden; solche Bauten sollen als privilegierte Vorhaben auch im Außenbereich – etwa an Bundesstraßen – zugelassen werden.

Im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB sind genehmigungsfreie Vorhaben (Ausbau, Umbau, Aufstockung) zur Schaffung von Wohnraum vorgesehen, auch Stellplatzerfordernisse sollen in diesem Zusammenhang wegfallen. Nicht nur meines Erachtens werden damit aber auch neue Streitpunkte eröffnet.

Klaus Schäfer

Stellungnahme der Vorsitzenden der Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen in Hessen

Die Städte und Gemeinden in Hessen sind an der Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Einige von ihnen sind bereits darüber hinaus.

Inzwischen haben einige der Landkreise ihre Umlagen teilweise drastisch und teilweise mehrfach erhöht. Die Erhöhungen sind mit Blick auf die steigenden Personalkosten, der Inflation und vor allem der Baukosten zumindest dem Grunde nach nachvollziehbar.

Leider schlagen diese Erhöhungen in den Städten und Gemeinden Löcher in die Haushalte, die nicht geschlossen werden können. Weder steigen die Schlüsselzuweisungen des Landes, noch werden andere Umlagen zu Gunsten der Städte und Gemeinden verändert.

Wir stehen doch längst mit dem Rücken an der Wand. Vor Ort in den Kommunen können wir nur noch darüber entscheiden, welche freiwillige Leistung wir zuerst kürzen oder streichen. Doch selbst ein weitreichender Kahlschlag von Sportanlagen über Büchereien und Musikschulen bis hin zur Jugendarbeit und Ferienprojekten reicht in aller Regel zum Haushaltsausgleich nicht mehr aus. Der Verlust an Lebensqualität und die Zerstörung gewachsener Strukturen in unseren Städten und Gemeinden ist dagegen gewiss.

Aus diesem Grund hat sich bereits in mehreren Kommunen erheblicher Widerstand aus der Bevölkerung formiert. Die Menschen können längst nicht mehr nachvollziehen, wenn trotz Einschnitten bei den Leistungen auf der anderen Seite gleichzeitig höhere Steuern erhoben werden. Die betroffenen Bürgermeister*innen und auch deren Kommunalparlamente sind dann diejenigen, die für diese Entwicklung den Kopf hinhalten. Wir alle arbeiten mit großer Leidenschaft zum Wohle unserer Kommunen – aber wir sind es leid mitunter persönliche Anfeindungen in Kauf zu nehmen, um unseren Bürger*innen immer wieder all das erklären zu müssen, was gar nicht mehr erklärbar ist.

Besonders problematisch wird es, wenn Bund und Land regelmäßig kommunizieren, dass keine Steuern erhöht werden, und oft auch noch Entlastungen beispielsweise bei der Einkommensteuer in Aussicht stellen. In letzter Konsequenz sind durch all diese Entwicklungen die Städte und Gemeinden gezwungen, die Realsteuern zu erhöhen, um auch nur ansatzweise einen Haushaltsausgleich zu erreichen.

Denn letztlich sind es gerade die Anforderungen von Bund und Ländern sowie vor allem die stetig steigenden Aufwendungen für Sozial- und Transferleistungen, die zu dieser Entwicklung führen. Sie werden auf staatlichen Ebenen beschlossen und sind mangels ausreichender Finanzierung am Ende durch kommunale Steuern zu bezahlen. Damit einhergehende, weitere Steuererhöhungen sind in keiner Weise mehr vermittelbar.

Die Vorsitzenden der hessischen Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen sagen daher ganz deutlich:

Es reicht!

Wir tragen diese Entwicklung nicht mehr mit. Das können wir unseren Kommunen nicht mehr zumuten.

In der vorläufigen Haushaltsführung zu verbleiben ist für alle Beteiligten – im Kreis wie in den Städten und Gemeinden – schmerzhaft. Wenn die Spirale der Belastung allerdings noch weitergedreht wird, dann verlieren wir die Akzeptanz unserer Bürger*innen und verspielen das Vertrauen in die Demokratie.

Der Ernst der Lage wurde in Wiesbaden und Berlin ganz offensichtlich noch nicht begriffen. Wir brauchen JETZT einen Paradigmenwechsel!

Mit freundlichen Grüßen

ENTWURF